

# Richtungswahlen oder regionale Momentaufnahmen?

*Anmerkungen zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022*

Von Dr. Thomas Falkner  
2022

Berlin, 9. Mai

## I.

Seit dem Herbst 2021, seit den Bundestagswahlen vom 26. September 2021, findet sich Deutschland in einem veränderten politischen Raum wieder. Seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine, findet sich die Welt in einer veränderten internationalen Ordnung - präziser: Unordnung - wieder. Die mit beiden Zäsuren verbundenen Entwicklungslinien überlagern sich, überkreuzen sich, rivalisieren auf dem Markt der Aufmerksamkeiten. In Wahlkampfzeiten und an Wahltagen gilt dies in besonders ausgeprägter Weise - mit den Interessen und Befindlichkeiten gesellschaftlicher Strömungen, sozialer Milieus und politischer Parteien wie Parteiungen als Katalysator.

Am Ende werden Wahlen von politischen Parteien gewonnen oder verloren. In einem föderalen System sind dafür regionale Besonderheiten und Umstände von nicht wegzudenkender Bedeutung - wenn auch immer Wahlen an einem Ort von den Akteuren andernorts auf Befunde über das Große Ganze und als Richtungsimpuls für oder gegen die eigenen Interessen befragt werden. Eine ernsthafte Analyse darf sich darauf nicht verengen (lassen).

Als das auf den ersten Blick auffälligste Resultat der sechzehnjährigen Ära Merkel mag für längere Zeit bestehen bleiben, dass das traditionelle deutsche Parteiensystem aus den Fugen geraten ist. Innovationen im System hatte es immer mal wieder gegeben, nachdem sich das Drei-Parteien-Modell am Ende der Adenauer-Zeit konsolidiert hatte: zuerst die Grünen, dann nach der Vereinigung Deutschlands die PDS, aus der später DIE LINKE wurde, und schließlich, schon unter Merkel, die AfD. Doch nicht das ist gemeint. Es geht um Kräfteverhältnisse im Wandel, um das (mgw. nur vorläufige) Ende der großen Volksparteien, um das Aufkommen starker Konkurrenz durch mittelgroße Parteien. Die damit verbundenen tiefgreifend veränderten gesellschaftlichen Fragestellungen, die sozialen und soziokulturellen Umschichtungen, die die Gesellschaft strukturierenden Spannungsverhältnisse zwischen Aufbruch im bzw. zum Wandel einerseits und Verweigerung von Wandel andererseits, zwischen Weltoffenheit und Rückzug, die faktisch begonnene breite Neudefinition von Liberalismus und Fortschritt nach der neoliberalen Dominanz - all das ist nicht jählings im Herbst 2021 aufgebrochen und hat die Parteienlandschaft aufgesprengt, sondern war durch Merkels situativ bestimmten Regierungsstil ultrapragmatisch weitgehend unter Kontrolle gehalten und durch ihre Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ lange Zeit überlagert worden.

Die neue Koalition im Bund will sich diesen Entwicklungen als ein „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ stellen und „mehr Fortschritt wagen“. „Tatsächlich weht der Zeitgeist in Deutschland inzwischen wieder progressiv“, stellte Tobias Dürr schon vor über zehn Jahren fest. „In den jüngeren Gruppen unserer Gesellschaft wächst längst die Nachfrage nach einer modernen und dynamischen Interpretation sozialer Demokratie für das 21. Jahrhundert. Eine energische Politik der Aufstiegschancen für alle besäße heute beträchtliche Attraktivität; die Idee des vorsorgenden Investierens in Menschen und ihre Fähigkeiten genießt völlig zu Recht wachsende Zustimmung.“ (Dürr 2008).

Nun also in der Tat Deutschland progressiv umzugestalten - sozial-liberal und sozial-ökologisch zugleich -, wird die in der Merkel-Ära großteils noch unter der Decke gehaltenen Konflikte der Interessen, Bestrebungen und Einstellungen nicht weiter dämpfen, sondern ihnen Ausdruck verleihen und auf Konflikte zuspitzen. Der Wandel der Parteien und gesellschaftlichen Parteiungen ist nicht an sein Ende, sondern nur an das Ende seiner Vorphase gekommen. Kräfteverhältnisse, Inhalte, Akteure werden künftig offen und dynamisch immer aufs

Neue definiert, herausgefordert und wieder in Frage gestellt werden. Was daraus folgt, wie und wann sich die politischen Verhältnisse möglicherweise wieder konsolidieren, vermag im Moment wohl niemand abzusehen. Gleichwohl ist an den ersten großen Herausforderungen der 20. Legislaturperiode - der nicht enden wollenden Corona-Pandemie und vor allem dem russischen Krieg gegen die Ukraine - ablesbar, wie tief der Wandel in Politik und politisches System eingreift, wie weit die politischen Akteure davon erfasst werden und auch, wo sie hinter den Herausforderungen zurückbleiben.

Bemerkenswerterweise ist zum Finale der Ära Merkel und zum Auftakt des progressiven Bündnisses nur eine Partei zur Kleinpartei, noch dazu in prekärer Lage, herabgestuft worden: DIE LINKE. Von vornherein hatte die Wählerschaft in Umfragen gezeigt, dass sie den Rückzug Angela Merkels für angemessen hält, beim Wählen selbst dann den progressiven Neustart in die Wege geleitet - und zugleich dafür gesorgt, dass er ohne die radikale Linke erfolgen wird: für r2g, ein Bündnis aus SPD, Grünen und der LINKEN, das immer wieder durch die politische Landschaft geisterte, aber nie wirklich ernsthaft betrieben wurde, gab es 2021 keine Mehrheit. Und DIE LINKE selbst, die zeitweise von zweistelligen Ergebnissen träumen konnte, wurde mit ihren nicht einmal fünf Prozent der Stimmen nur durch drei Direktmandate vorerst gerettet. Sie fand sich am prekären Rand der Parteienlandschaft wieder; die Bundestagsfraktion schrumpfte von 69 auf 39 Mitglieder.

Auch das war keine plötzliche Überraschung des Herbstes 2021, sondern hatte sich lange vorher angekündigt. Schon bei den Europa-Wahlen 2019 hatte DIE LINKE deutlich verloren - in allen sozialen Gruppen, in allen Generationen, in alle Richtungen. Es war nicht, wie immer wieder gern vertreten wird, die Konkurrenz als Protestpartei mit der AfD, die DIE LINKE geschwächt hat, es war einsetzender grundsätzlicher Auflösungs- und Zerfallsprozess einer demokratischen Partei. Die Wählerschaft lief nicht über zur AfD, sondern sie wandte sich still ab und suchte ein neues Unterkommen vor allem im demokratischen Spektrum.

## II.

Im zurückliegenden Jahrfünft hatten Politik und Gesellschaft in Deutschland - zusätzlich zu den Herausforderungen aus Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung, aus der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und den weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen drei weitere ernste Krisen durchzustehen: die Corona-Krise, die Krise der CDU und die Ukraine-Krise.

### 1. Die Corona-Krise

„Die andauernde Pandemie schlägt den Menschen immer mehr aufs Gemüt“, berichtete das Institut für Demoskopie Allensbach im Januar 2022. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung „haben den Eindruck, in einer ungewöhnlich unsicheren Zeit zu leben. Die schwächeren sozialen Schichten, die insgesamt von der Krise stärker betroffen sind, sind stärker verunsichert als die Mittel- und insbesondere die Oberschicht.“ 95 Prozent sprächen von einer veränderten, 78 Prozent von einer gravierend veränderte Gesellschaft - fast ausschließlich zum Negativen. Kälte, Egoismus und auch Aggressivität bestimmten das gesellschaftliche Klima. „Das Vertrauen, dass die Regierung bei der Bekämpfung der Pandemie große Fortschritte machen wird, ist zurzeit gering ... Pessimismus und Frustration lassen das Verständnis für Proteste gegen die Corona-Maßnahmen wachsen. ... Der Anteil, der sich vorstellen könnte, selbst an Demonstrationen teilzunehmen, hat sich von sechs auf zwölf Prozent verdoppelt. Die Gereiztheit wächst.“<sup>1</sup> Der stabile Boden, auf dem die deutsche Demokratie noch vor wenigen Jahren gegründet schien, zeigt Ermüdungserscheinungen und Risse.

Corona - das ging jeden an. Es war ernst, wie Angela Merkel in ihrer legendären Fernsehansprache zu Beginn der Pandemie in Deutschland sagte. Und die allermeisten folgten ihrem

---

<sup>1</sup> Köcher, Renate: Drastische Verschlechterung der Stimmung. In: FAZ, 26. 2. 2022

Rat und nahmen die Sache ernst. Schließlich ging es um Leben und Tod. Eine klare Alternative mit schlüssigen Ableitungen, für die die Kanzlerin stand - verlässlich gefolgt von einigen wenigen. Dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther zum Beispiel. Andere aus der Politiker-Welt wurden bei Leichtfertigkeiten ertappt, bei egoistischen Spielen, Profilierungsversuchen - sogar bei Korruption im Zusammenhang mit Corona-Masken. Anstehende und längerfristig absehbare Entscheidungen wie etwa die Ausstattung der Schulen mit Laptops, schnellem Internet und Luftfilteranlagen wurden nicht gefällt, die Umsetzung verzögerte sich oder scheiterte an inhaltlichem Widerstand, Bürokratie oder aufwändigen Ausschreibungen. Die schrillen Proteste der „Querdenker“-Szene gegen die Corona-Maßnahmen schienen in den Augen mancher mehr Aufmerksamkeit zu finden als die Belange der übergroßen Mehrheit. Die Frage, was getan werden muss, damit die Gesellschaft bei künftigen exogenen Schlägen besser gerüstet ist, geriet schon im Ansatz aus dem Blickfeld. Resilienz blieb ein Fremdwort.

Das alles stand im klaren Gegensatz mit dem Ernst der Lage - und dem existenziellen Angewiesenen der Menschen auf verantwortungsbewusste politische Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt. Dass Politik in ernstesten Momenten nicht mit der notwendigen Solidität und Verlässlichkeit handelt, das bleibt für viele Menschen auch nach Corona eine zentrale, persönlich gesättigte Erfahrung - die ihr Wahlverhalten nicht dominieren muss, aber gewiss mit prägt.

## 2. Die Krise der CDU

Die CDU hat sich stets als die „Deutschland-Partei“ verstanden, als die natürliche Regierungspartei dieses Landes. Bis in den Sommer 2021 galt sie als die letzte verbliebene Volkspartei - integrativ, pragmatisch, erfahren, verantwortungsbewusst, frei von ideologischen Eskapaden, mit den höchsten Kompetenzwerten bei fast allen relevanten politischen Themenbereichen. Die Führungsrolle der CDU stand jedoch schon länger in Frage. Bereits 2013 hatte die SPD bei der Zahl der Ministerpräsidenten die Union überholt - ein Zustand, der bis heute anhält. Eine vergleichbare Situation mit einem Übergewicht der SPD in den Landesregierungen gab es zuvor von 1967 bis 1976 und von 1990 bis 2003 - jeweils im Vorfeld und bis in den Höhepunkt sozialdemokratischer Kanzlerschaft im Bund.<sup>2</sup>

Im zurückliegenden Jahrzehnt hat die Union ihren Stimmenanteil bei Bundestagswahlen von 41,2 Prozent (2013) auf 24,1 Prozent (2021) fast halbiert. Der erste tiefe Einschnitt erfolgte bei der Bundestagswahl 2017 (-8,3 Prozent) im Gefolge der sog. Flüchtlingskrise von

### Wählerwanderung

bei der Bundestagswahl 2017 (Stimmen)



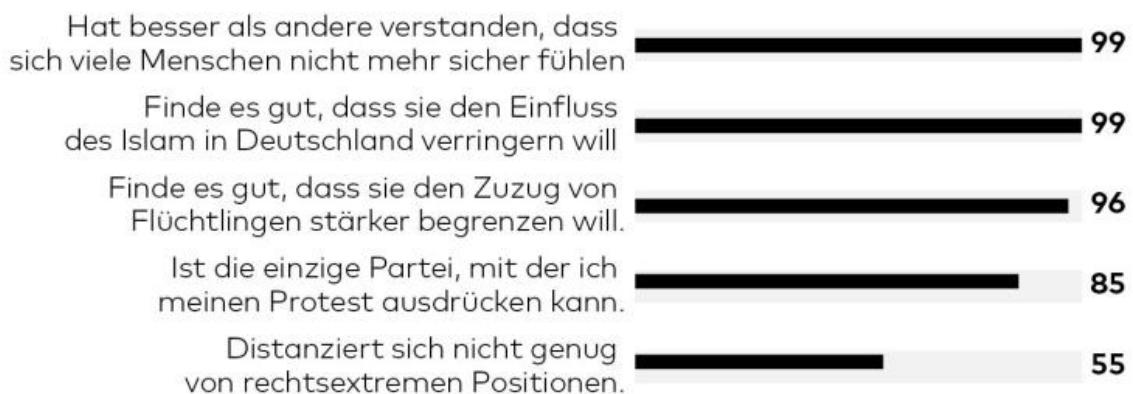
<sup>2</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Ministerpräsidenten\\_der\\_deutschen\\_Länder#Partei-zugehörigkeiten](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Ministerpräsidenten_der_deutschen_Länder#Partei-zugehörigkeiten)

2015/16. Zugleich zog in diesem Jahr erstmals die AfD in den Bundestag ein - mit immerhin 12,9 Prozent.

Von allen bis dahin im Bundestag vertretenen Parteien hat die CDU mit Abstand am meisten Wählerinnen und Wähler an die AfD verloren.<sup>3</sup> Die AfD hatte im Wahlkampf vor allem auf die Themen Innere Sicherheit, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt gesetzt - allesamt Kernthemen der Union, die in den Jahren zuvor angesichts des starken Zuzugs von Schutzsuchenden aus Nahost, Afghanistan und Afrika besonders im Fokus gestanden hatten. Für viele Anhängerinnen und Anhänger der CDU erfüllte die Union die in diesem Zusammenhang in sie gesetzten Erwartungen nicht mehr.<sup>4</sup>

## Ansichten der AfD-Wähler über die eigene Partei (2017)

Zustimmung in Prozent



welt

Quelle: ARD, Infratest dimap

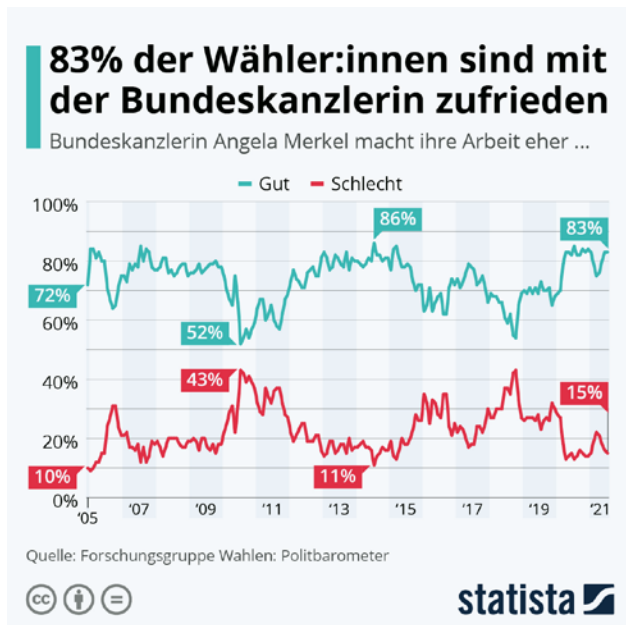
Spätestens Mitte des letzten Jahrzehnts verschärfte sich für die CDU das Problem, dass der Kurs ihrer Kanzlerin zwar vom größeren Teil der Gesellschaft akzeptiert und getragen wurde, in den eigenen Reihen jedoch immer weniger. Insbesondere rechts der Mitte versiegte die Integrationskraft der Merkel-Linie. „Merkel muss weg!“ skandierten die AfD und der rechte Rand des politischen Spektrums und in der verbliebenen Unions-Anhängerschaft wuchs der Drang nach einem wieder mehr konservativen und in diesem Sinne wertorientierten Kurs. Während die Zufriedenheit mit der Kanzlerin deutschlandweit dominant war, plädierte gleichzeitig mehr als die Hälfte für einen konservativeren, also nicht Merkel-liberalen Kurs der CDU als Partei. Das deutete darauf hin, dass in den Merkel-Jahren der gesellschaftliche Platz der CDU unklar geworden war - und damit auch ihr Profil für die Zeit nach Merkel.

2018 legte Angela Merkel den CDU-Vorsitz nieder. Damit brach der innerparteiliche Konflikt zwischen „Merkelianern“ und Konservativen, vertreten vor allem von Friedrich Merz, offen auf. Nur mit Mühe konnte sich Merkels Favoritin Annegret Kramp-Karrenbauer als Parteivorsitzende durchsetzen, erwies sich in dieser Position jedoch als Politikerin ohne Fortune. Als sie sich gegenüber Fraktion und Landesverband in Thüringen in der Krise um den gemeinsam mit der AfD gewählten Kurzzeit-Ministerpräsidenten Kemmerich (FDP) nicht behaupten konnte, trat sie zurück. Im Kampf um ihre Nachfolge, durch Corona länger während als geplant, reproduzierte sich der innerparteiliche Konflikt. Diesmal setzte sich Armin Laschet - ebenfalls im Ruf eines „Merkelianers“ stehen - gegen Merz durch; er ertrotzte sich auch die

<sup>3</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168989573/Welche-Parteien-die-meisten-Stimmen-an-die-AfD-verloren.html> - dort auch die vorstehende Grafik.

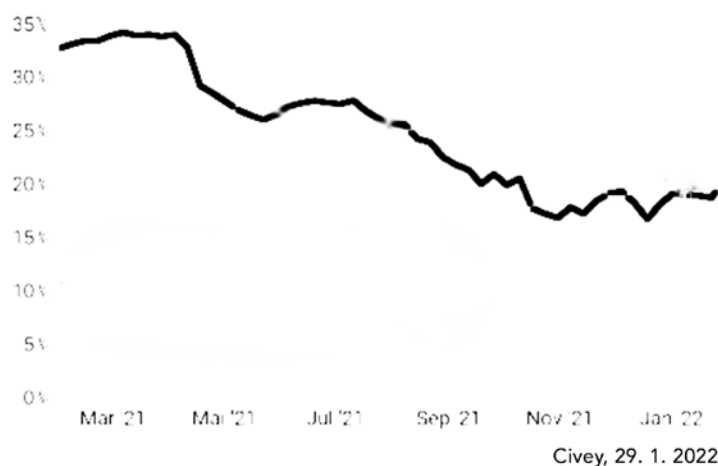
<sup>4</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168989573/Welche-Parteien-die-meisten-Stimmen-an-die-AfD-verloren.html> - dort auch die folgende Grafik.

Kanzlerkandidatur - gegen den von den Bürgerinnen und Bürgern bevorzugten bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU). Die offen ausgetragenen Macht- und Richtungskämpfe in der Union wurden begleitet von einer schrillen Korruptionsaffäre um einige Unions-Politiker, die sich zu Beginn der Corona-Pandemie an der Beschaffung von Masken bereichert hatten. Im Wahlkampf schließlich ließ Laschet Kompetenz und Charakter vermissen - er gab das Bild eines Politikers ab, dem die Statur für das Kanzleramt fehlt. Die CDU kollabierte.



Parteien, die sich über ihren Platz in der Gesellschaft nicht klar sind, die die damit verbundenen Konflikte nicht lösen und deswegen auch kein innerhalb wie außerhalb angesehenes und unumstrittenes Führungspersonal aufbieten können - solchen Parteien traut man auch nicht zu, die Angelegenheiten des Landes konstruktiv und vorwärtsweisend zu behandeln. Ein Zusammenhang, der im übrigen nicht nur für die Union gilt.

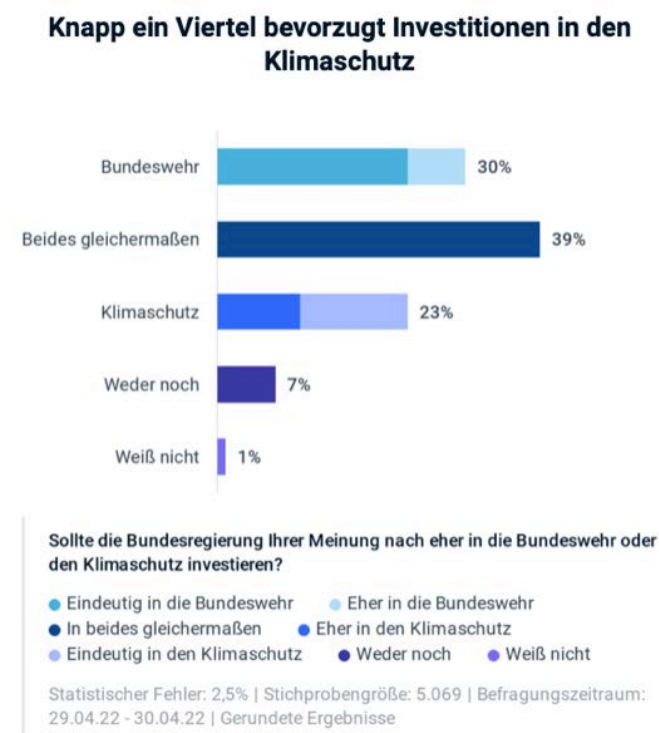
### Union wird zunehmend weniger zugetraut, zukunftsfähige Antworten zu liefern



### 3. Die Ukraine-Krise<sup>5</sup>

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die außen- und sicherheitspolitische Verortung der Deutschen nachhaltig verändert. 65 Prozent der Befragten gaben an, dass sich ihre Meinung zum russischen Präsidenten Putin geändert hat, ebenso viele befürworten harte Sanktionen gegen Russland. 82 Prozent betrachten die deutsch-russischen Beziehungen nunmehr als irreparabel. 62,5 Prozent befürworten jetzt eine gemeinsame europäische Armee; fast drei Viertel befürworten einen NATO-Beitritt von Schweden und Finnland. Die Rüstungsexportregeln generell hingegen wollen deutliche Mehrheiten in den Wählerschaften aller Bundestagsparteien und darüber hinaus eher verschärfen - eine Ausnahme bildet die Union, wo nur 44 Prozent diese Position teilen. Was jedoch deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine anbelangt, so sind 69 Prozent dafür - 56 Prozent befürworten auch die Lieferung schwerer Waffen. „Bei Betrachtung der Wahlabsichten der Befragten fällt auf, dass die Zustimmung unter den Anhängern der Grünen am höchsten ist: Dort sind 76 Prozent für den Export schwerer Rüstungsgüter an die Ukraine. Dahinter folgen die Anhänger von SPD und CDU/CSU mit jeweils 62 Prozent Zustimmung. Die Mehrheit der Unterstützer der Linken und der AfD lehnen dagegen die Forderung ab.“<sup>6</sup>

Das Krisen-Management der Ampel-Regierung in der Ukraine-Krise wird eher kritisch gesehen: 55 Prozent bewerten es negativ bzw. eher negativ. Dahinter verbirgt sich jedoch eine differenziertere Einschätzung: Während 58 Prozent die Arbeit von Außenministerin Baerbock und 55 Prozent die von Wirtschaftsminister Habeck (beide Grüne) positiv bewerten, ist es mit Blick auf die Verteidigungsministerin Lambrecht von der SPD genau umgekehrt: 58 Prozent wollen ihren Rücktritt.



Die Pläne von Oppositionsführer Merz für eine Reise nach Kiew übrigens stießen bei 55 Prozent der Befragten auf Ablehnung, nur knapp ein Drittel befürwortete sie. Unter der Unions-Anhängerschaft hingegen waren 69 Prozent klar dafür.

Bei der Abwägung zwischen der Menschheitsaufgabe Klimaschutz einerseits und der Verstärkung der militärischen Sicherheit andererseits ist die Wählerschaft eher gespalten; die relativ größte Gruppe bekennt sich zu einem klaren Sowohl-als-auch:

Civey dazu weiter: „Investitionen für die Bundeswehr wünschen sich am ehesten die Anhängerschaften von FPD, Union (je 50%) und AfD (41%). Indes gibt es am meisten Zustimmung für Investitionen in den Klimaschutz seitens der Linken (62%). Die Anhänger und Anhängerinnen der Grünen (50%) und der SPD (49%) wünschen sich am ehesten, dass die Regierung gleichermaßen in die Bundeswehr und in den Klimaschutz investiert.“

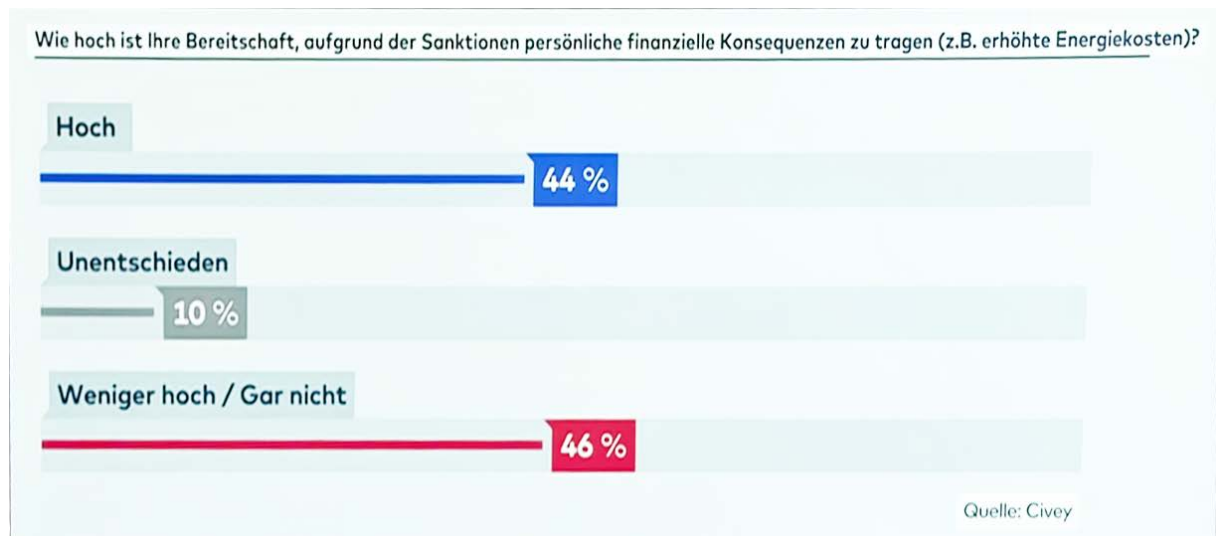
die Bundeswehr wünschen sich am ehesten die Anhängerschaften von FPD, Union (je 50%) und AfD (41%). Indes gibt es am meisten Zustimmung für Investitionen in den Klimaschutz seitens der Linken (62%). Die Anhänger und Anhängerinnen der Grünen (50%) und der SPD (49%) wünschen sich am ehesten, dass die Regierung gleichermaßen in die Bundeswehr und in den Klimaschutz investiert.“

<sup>5</sup> Alle Angaben in diesem Abschnitt: Civey

<sup>6</sup> [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/militaer-verteidigung/id\\_92012300/umfrage-mehrheit-der-deutschen-fuer-lieferung-von-schweren-waffen-an-ukraine.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/militaer-verteidigung/id_92012300/umfrage-mehrheit-der-deutschen-fuer-lieferung-von-schweren-waffen-an-ukraine.html)

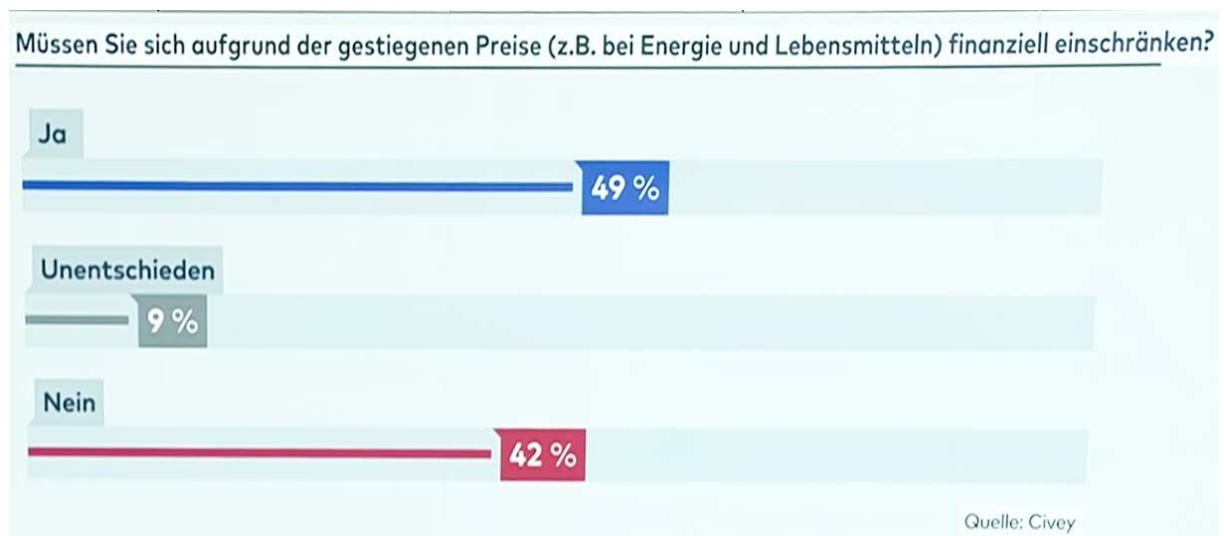


Jeder Zweite ist für ein Öl-Embargo. Vor allem bei der Frage, ob man dafür auch persönliche



Einschränkungen in Kauf nehmen würde, spalten sich die Meinungen<sup>7</sup>:

Geht es darum, ob man sich bereits jetzt einschränken muss, verändert sich die Relation leicht. Civey bestätigt, dass es erwartungsgemäß die finanziell weniger gut Gestellten sind, die bereits Einschränkungen hinnehmen müssen und deren Bereitschaft zu solchen Einschränkungen daher weniger hoch oder gar nicht vorhanden ist.



### III.

Schleswig-Holstein ist das nördlichste und nach dem Saarland kleinste deutsche Bundesland. Es hat in den letzten gut 150 Jahren eine sehr eigene und teils komplizierte Geschichte hinter sich gebracht - beginnend mit dem deutsch-dänischen Krieg von 1864, einem der sogenannten deutschen „Einigungskriege“, in dessen Ergebnis das Territorium Schleswig-Holsteins als das eines deutschen Teilstaates geformt wurde. 1938 verlor das Land seine größte Stadt, Altona, an Hamburg.

<sup>7</sup> <https://youtu.be/UqqFMX-Nj6c>

Im 20. Jahrhundert war Schleswig-Holstein eine der frühen Hochburgen der NSDAP. Nach dem Zweiten Weltkrieg, unter britischer Besatzung, kam es zu einer nur sehr milden Entnazifizierung. Das Land wurde zu einem Rückzugsraum für ehemals aktive Nazis.

Bis Ende der 1940er Jahre kamen über eine Million Flüchtlinge aus Hinterpommern und Ostpreußen ins Land. Deren Integration war von Spannungen begleitet. Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten erreichte zeitweise fast ein Viertel der Wählerschaft.

Das politische Klima war lange Zeit hoch polarisiert. Die politischen Strömungen standen einander unversöhnlich gegenüber. Noch bis Ende der 1960er Jahre saßen ehemalige NSDAP-Mitglieder auch in schleswig-holsteinischen Landesregierungen.<sup>8</sup> Das Land insgesamt galt als konservativ gestimmt, insbesondere in den ländlichen Räumen. FDP und Grüne erzielten in der Regel schlechtere Wahlergebnisse als in anderen Bundesländern.

Mit prägend für die Entwicklung Schleswig-Holsteins waren die teils heftigen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf im Kreis Steinburg. Schon in der Planungs- und Bauphase ab Mitte der 1970er Jahre wurde es von der Anti-AKW-Bewegung heftig bekämpft. Am 28. Februar 1981 kam es zu einer legendären Großdemonstration bei Brokdorf mit rund 100.000 Teilnehmern - die bis dahin größte Demonstration gegen Kernkraft in der Bundesrepublik. Rund 10.000 Polizisten waren gegen die vom Landrat verbotene Demonstration im Einsatz. In seinem sog. Brokdorf-Beschluss stellte das Bundesverfassungsgericht später klar, dass das Verbot der Demonstration verfassungswidrig gewesen war. Nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl kam am 7. Juni 1986 zu einer weiteren Großdemonstration. Am 24. April 2010 bildeten über 100.000 Menschen zwischen den Kernkraftwerken Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel eine Menschenkette gegen Kernkraft. Ende 2017 beantragte der Betreiber PreussenElektra nach technischen Irritationen bei Revisionsarbeiten und einem zeitweiligen Betriebsstopp durch Landesumweltminister Robert Habeck (Grüne) die Stilllegung und den Abriss des Meilers. Mit der Genehmigung des Abbaus wird im Jahr 2023 gerechnet. Endgültig abgeschaltet wurde er am 31. Dezember 2021.

Das auf Konfrontation beruhende politische System Schleswig-Holsteins kollabierte Ende der 1980er Jahre mit der bis heute nicht vollständig und zufriedenstellend aufgeklärten Affäre um den damaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel (CDU) und dessen Tod sowie Anfang der 1990er Jahre mit der Affäre um den Umgang mit einigen Details der Machenschaften von Barschel, die zum Rückzug des Ministerpräsidenten Björn Engholm (SPD) führte. Nachfolgerin von Engholm wurde Heide Simonis (SPD) als erste Frau an der Spitze einer bundesdeutschen Landesregierung.

Im Zuge der Aufarbeitung der Barschel-Affäre kam es auch zu einer *Verfassungsreform*. Die neue Landesverfassung enthält weitreichende Elemente direkter Demokratie und auch Staatszielbestimmungen wie den Minderheitenschutz, die Gleichstellung von Mann und Frau, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Förderung der Kultur. *Politisch bildete sich ein Bezug zur Mitte heraus*, auch im Gefolge der ersten Großen Koalition im Lande unter unter Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen (CDU) von 2005 bis 2009.

Auf diesen Wandel sattelt der bisherige Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) auf und treibt ihn mit seiner bundesweit ersten Jamaika-Koalition voran, die er auch gern fortsetzen würde. Der Überraschungs-Wahlsieger von 2017 gibt sich „gesellschaftspolitisch liberal und modern, bei Themen wie der inneren Sicherheit eher konservativ, klassische CDU.“ (FAZ)<sup>9</sup> Sein Motto: „Das Land fühlt sich modern, und wir müssen auch als moderne CDU auftreten. Sonst verlieren wir als Volkspartei den Anschluss.“<sup>10</sup> Von dieser Warte aus war Günther auch

---

<sup>8</sup> Danker, Uwe (2017): Parlamentarische Kontinuitätsstudien zur NS-Zeit. Methodische Potenziale und Grenzen am Beispiel des Falls Schleswig-Holstein. *Zeitschrift Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, vol. 65 (1), 76–103, doi:10.1515/vfzg-2017-0004

<sup>9</sup> FAZ 6. 5. 2022 - <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-schleswig-holstein/landtagswahl-schleswig-holstein-warum-daniel-guenther-gut-ankommt-18008338.html?premium>

<sup>10</sup> FAZ 6. 5. 2022 - <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-schleswig-holstein/landtagswahl-schleswig-holstein-warum-daniel-guenther-gut-ankommt-18008338.html?premium>



stets ein engagierter und glaubwürdiger Unterstützer Angela Merkels. Und er war ein innerparteilicher Gegner von Friedrich Merz, ohne gegen ihn um den CDU-Vorsitz kandidieren oder den Gegensatz auf Dauer stellen zu wollen. Nach seiner Wahl bescheinigte er Merz einen sehr guten Start im Amt. Zum Wahlkampfabschluss lud er ihn dennoch nicht ein - man setze in Kiel ganz auf die Zugkraft des Ministerpräsidenten.

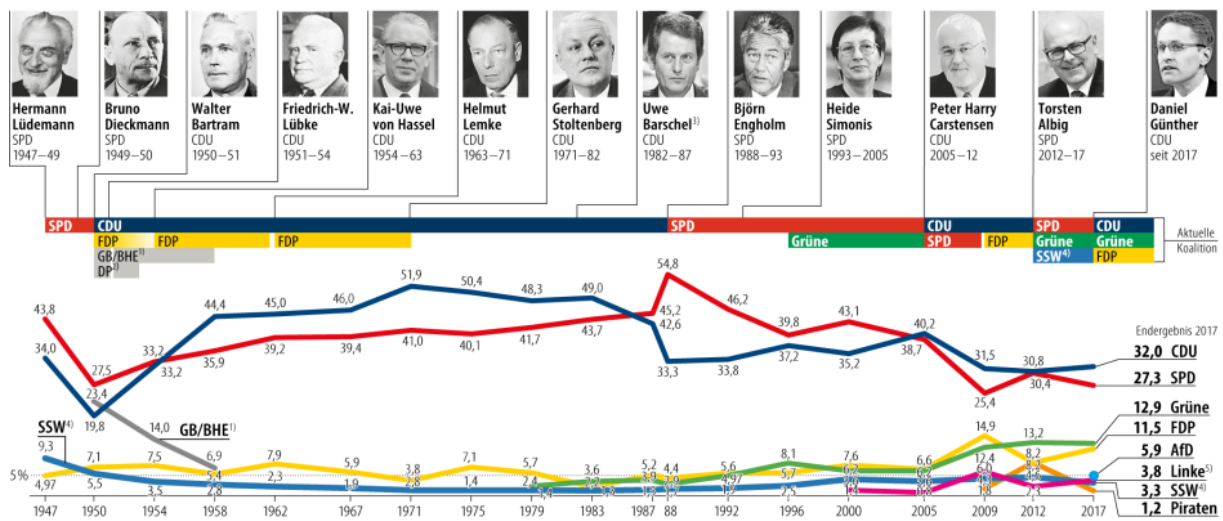
Maßgebliches Referenzprojekt von Günthers modernem liberalen Konservatismus ist die effizient und weitgehend spannungsfrei arbeitende Koalition aus CDU, Grünen und FDP. Dass dies so ist - und ausgerechnet in einem Land mit den Traditionen Schleswig-Holsteins funktioniert -, hängt maßgeblich von seinem Führungsstil ab: „Mehr freundlich führender Vermittler vielleicht als forscher Anführer“, beschreibt ihn die FAZ.<sup>11</sup>



In der Anfangszeit der Koalition war Günthers Stellvertreter Robert Habeck von den Grünen - damals Landesminister und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Natur (ab 2017 auch für Digitalisierung), der jetzige Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. 2019 wurden die Grünen bei der Europa-Wahl erstmals stärkste Partei im Land.

### Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 1947 bis 2017

Ministerpräsidenten, Regierungen und Stimmenanteile ausgewählter Parteien in Prozent



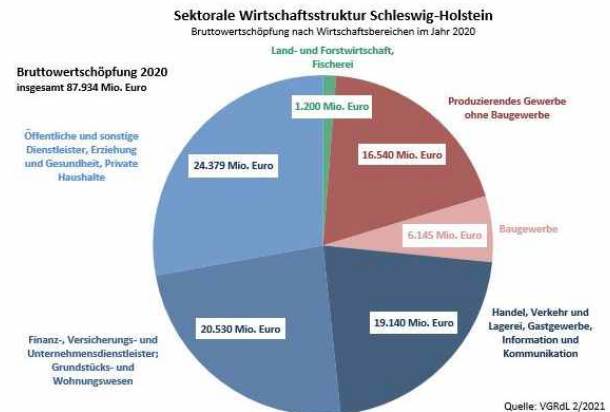
1) Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. 2) Deutsche Partei (1950 9,6, 1954 als SHB 5,1 Prozent, bis 1953 in Koalition). 3) Gefolgt von Oktober 1987 bis Mai 1988 von Henning Schwarz (CDU) als Ministerpräsident einer geschäftsführenden Landesregierung. 4) Südschleswiger Wählerverband (1947: SSW), von 5-Prozent-Hürde befreit. 5) PDS/Linke. Quellen: ARD; ZDF; Statistisches Bundesamt; F.A.Z.-Archiv/Fotos Archiv (5), tpa, Klemm, AP, Eilmes, imo, Fricke, dpa (2)/F.A.Z.-Grafik fbr./neu.

<sup>11</sup> FAZ 6. 5. 2022 - <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-schleswig-holstein/landtagswahl-schleswig-holstein-warum-daniel-guenther-gut-ankommt-18008338.html?premium>

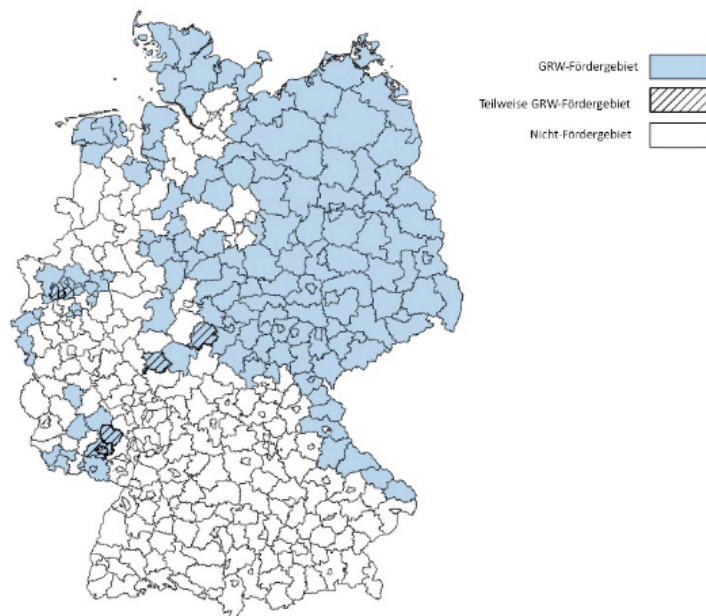
## IV.

Sozialökonomisch ist Schleswig-Holstein einer der unteren Punkte des deutschen Wohlstands- und Leistungsgefälles zwischen Süd und Nord. Weithin agrarisch geprägt, hat „Norddeutschland hat mit einer besonders hohen Exportquote über viele Dekaden hinweg stark von der Globalisierung profitiert, gleichzeitig aber auch die Folgen von abwandernden Industrien und sich verschiebenden globalen Gleichgewichten in besonderem Maße zu spüren bekommen. Da der Transformationsprozess der Gegenwart besonders stark norddeutsche Schlüsselsektoren wie Handel, Logistik oder Industrie betrifft, stellt sich die Frage künftiger Entwicklungsperspektiven mit besonderer Deutlichkeit.“<sup>12</sup>

Wie groß der Aufholbedarf ist und wo Schleswig-Holstein im Vergleich mit anderen Teilen der Bundesrepublik steht, veranschaulicht diese Grafik des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts auf der Grundlage der Kriterien der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regio-



**GRW\*-Struktur in Kreisen und kreisfreien Städten, Deutschland, 2017**



Quellen: BBSR (2017); HWWI.

\* GRW = Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

nale Wirtschaftsstruktur“:<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Mirko Kruse, Jan Wedemeier: Strukturwandel in Regionen und dessen Bedeutung für Norddeutschland. Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | 2021, S.4.

<sup>13</sup> Mirko Kruse, Jan Wedemeier: Strukturwandel in Regionen und dessen Bedeutung für Norddeutschland. Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | 2021, S. 13

Insbesondere mit Blick auf die regionale Unterbeschäftigung und die Bevölkerungsprognose steht vor allem der Norden Schleswig-Holsteins schlecht da; im Süden, im Speckgürtel um Hamburg, sieht es besser aus. Allerdings, so stellen Hamburger Wirtschaftsforscher fest, „sind Regionen, denen eine positive künftige Entwicklung aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur unterstellt wird, teilweise deckungsgleich mit jenen Regionen, die besonderen Aufholbedarf besitzen. Hierzu gehör(t) beispielsweise das nördliche Schleswig-Holstein“. <sup>14</sup>

In diesem Zusammenhang spielt die Energiewirtschaft, insbesondere die On-Shore-Windenergie eine herausragende Rolle. Starke Impulse erhofft man sich auch von dem Flüssiggas(LNG)-Terminal, der Ende 2024 in Brunsbüttel den Betrieb aufnehmen soll. Hoffnung gibt zudem, dass der schwedische Batteriezellenhersteller Northvolt eine Fabrik bei Heide bauen will.

Als weitere wichtige Zukunftsbranchen im Lande gelten die Medizintechnik, die maritime Wirtschaft, die Ernährungswirtschaft, die Informations- und Kommunikationstechnologie, der Maschinenbau und die Gesundheitswirtschaft.

Blickt man hinter diese Fokussierungen, so zeigt sich, dass Schleswig-Holstein durchaus noch

#### Wirtschaftliche Kennzahlen der Bundesländer, 2019/20

Bundesland	F&E-Ausgaben*	F&E-Beschäftigte*	Absolventenquote*	Patentanmeldungen*	Gewerbeanzeigen* Anmeldungen	Gewerbeanzeigen* Abmeldungen	Außenhandel* Ausfuhren	Außenhandel* Einfuhren
Schleswig-Holstein	24,40	0,19	20,10	0,50	25,85	21,80	211,49	239,73
Norddeutschland**	44,13	0,32	32,36	0,59	19,48	15,70	298,20	316,52
Süddeutschland**	30,97	0,23	34,85	2,56	18,58	14,61	327,47	321,33

Quellen: Statistisches Bundesamt (2021a; 2021b; 2021c; 2021d; 2021e).

\* Während bei der Bildung der Kennzahlen die Forschungs- und Entwicklungs- (F&E) Ausgaben und Beschäftigten in Relation zur Gesamtbeschäftigung gesetzt wurden, beziehen sich Patentanmeldungen, Gewerbeanzeigen und Außenhandel auf das jeweilige BIP als Referenzgröße. Die Quote von Hochschulabsolventen ist in Prozent ausgedrückt.

\*\* Norddeutschland: Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein  
Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern

Defizite hat, wenn es darum geht, aus Aufholbedarf wirkliche Chancen zu machen: <sup>15</sup>

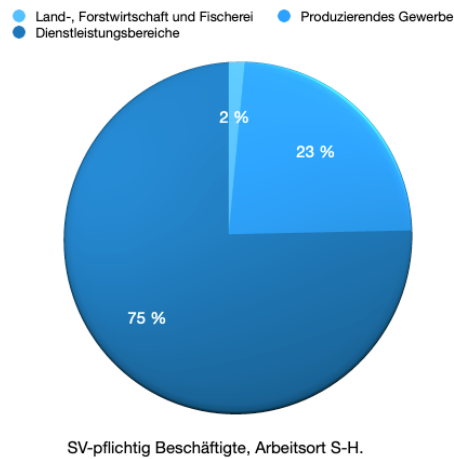
Deutlich werden die Rückstände Schleswig-Holsteins vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung - auch im Vergleich der eigenen Region, die hier (durch Hamburg und Bremen) einen Vorteil gegenüber dem Süden zu haben scheint. Lediglich bei den Gewerbeanzeigen liegt Schleswig-Holstein über dem Durchschnitt - allerdings auch bei den Gewerbeabmeldungen.

Auch der agrarische Bereich ist - teils seit Jahrzehnten - von tiefgreifenden strukturellen Wandlungsprozessen erfasst. Was mit den Flurbereinigungsgesetzen (1954, 1976 novelliert) begann, durch die EU-Agrarpolitik gesteuert und durch das Aufkommen der Bio-Höfe stimuliert wurde, mündet jetzt in eine große Agrarwende, die durchgehende Ökologisierung der Landwirtschaft. Derart tiefgreifende Veränderungen überfordern aber viele Akteure oder lassen sie sich neu orientieren. Derzeit gibt es etwa 12.500 landwirtschaftliche Betriebe mit rund 40.000 Beschäftigten, die fast eine Million Hektar Landfläche bewirtschaften. In den letzten zehn Jahren jedoch haben in Schleswig-Holstein rund 2000 Landwirte ihre Höfe aufgegeben. <sup>16</sup> Die klassisch ländlichen Milieus zerbröseln.

<sup>14</sup> Mirko Kruse, Jan Wedemeier: Strukturwandel in Regionen und dessen Bedeutung für Norddeutschland. Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | 2021, S. 31

<sup>15</sup> <sup>15</sup> Mirko Kruse, Jan Wedemeier: Strukturwandel in Regionen und dessen Bedeutung für Norddeutschland. Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | 2021, S. 13

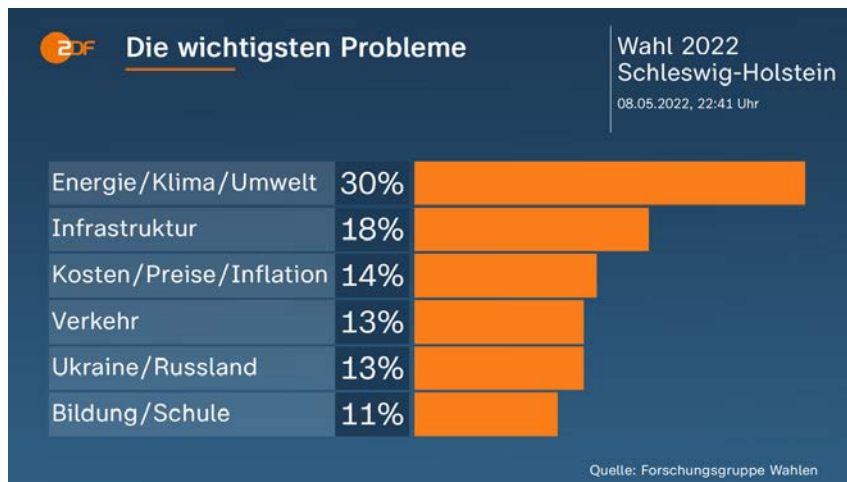
<sup>16</sup> <https://www.shz.de/deutschland-welt/xl/Hoefesterben-in-SH-Ohne-Wachstum-keine-Chance-auf-das-wirtschaftliche-Ueberleben-id32294077.html>



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord

## V.

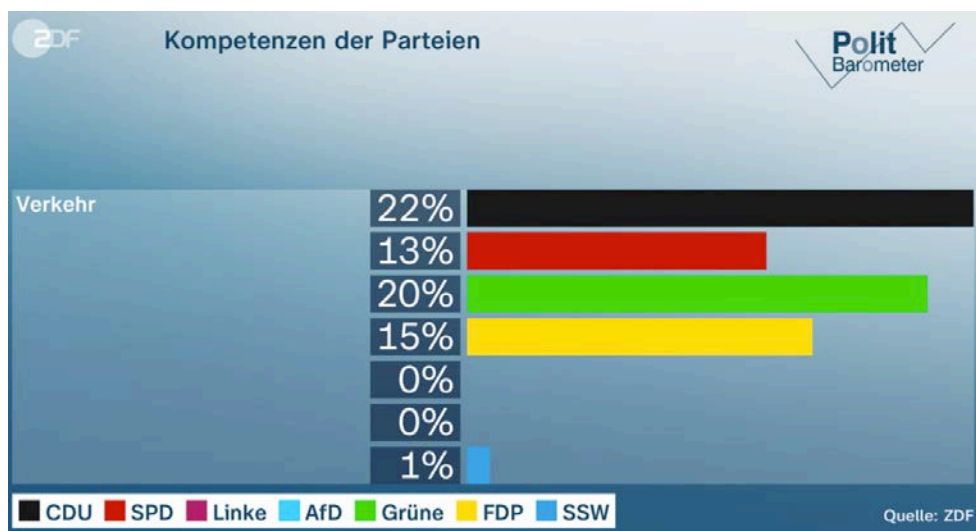
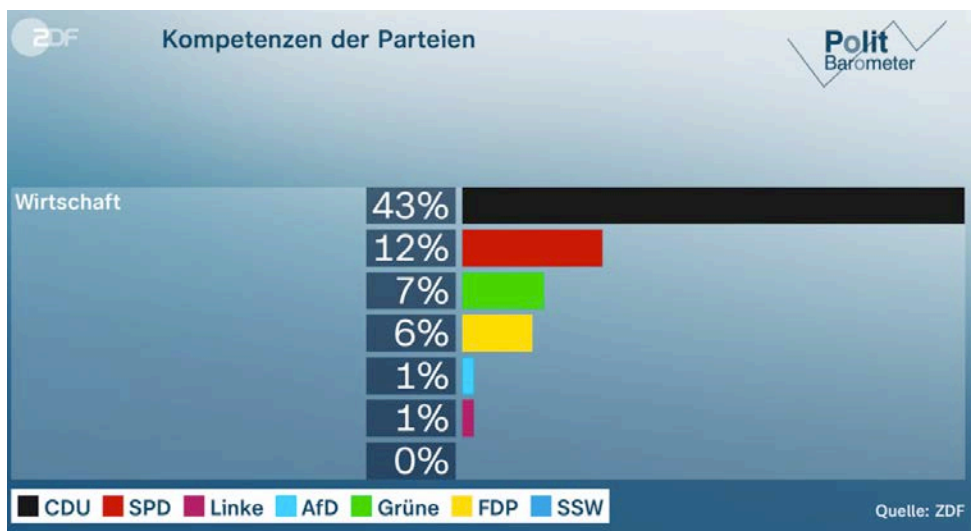
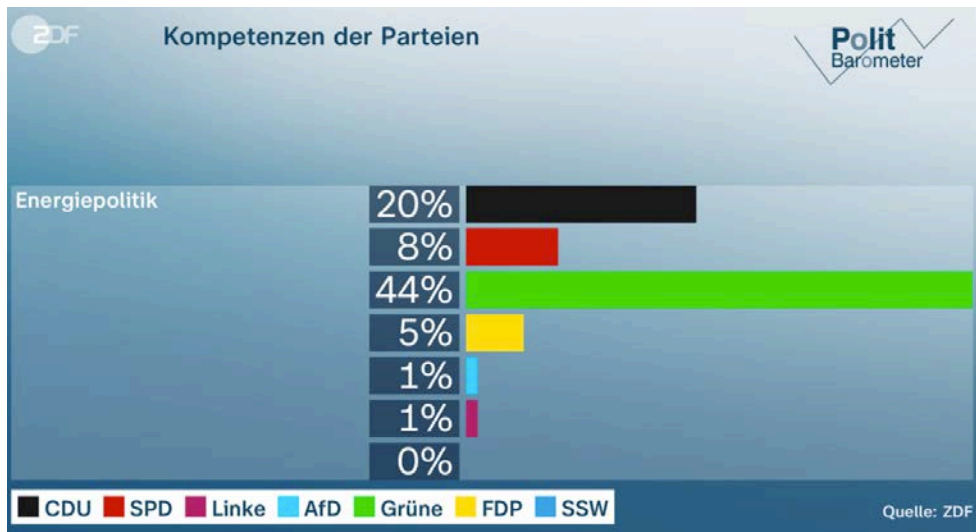
Vor dem beschriebenen Hintergrund kristallisierten sich im Landtagswahlkampf als zentrale Probleme heraus<sup>17</sup>:



Der russische Krieg gegen die Ukraine spielte im Wahlkampf vor allem *indirekt* eine Rolle über die Folgen, die er für das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein (mit) zeitigt: Energiepolitik, Inflation, Benzinpreise. Themen der ohnehin anstehenden Transformation, die sich im Bund die Ampel auf die Fahne geschrieben hat, verbanden sich mit den Folgewirkungen des Ukraine-Krieges. Die Zahlen geben jedoch nicht her, dass eine Mehrheit von dieser Dynamik mitgerissen worden wäre.

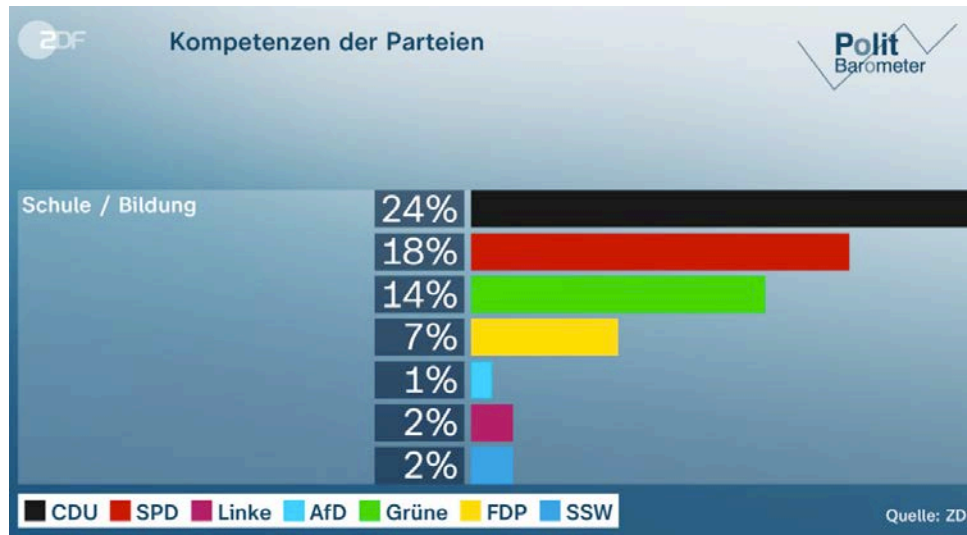
Blickt man auf die Kompetenzzuschreibungen für die Parteien bei zentralen Themen der Transformation, so fällt auf, dass Union und Grüne hier den Wettstreit unter sich ausmachen und beide, unabhängig von Erst- oder Zweit-Platzierung, deutlich vor den Wettbewerbern liegen. Beim Thema Wirtschaft dominiert die Union unangefochten.

<sup>17</sup> Hier und im folgenden: ZDF-Politbarometer vom 29. 4. 2022 - <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-schleswig-holstein-wahl-quenther-losse-mueller-heinold-102.html?slide=1647536103356>





Lediglich im Bereich der Bildungspolitik (und auf niedrigem Niveau bei der Wirtschaft) kann sich die SPD zwischen Union und Grüne schieben. Das jedoch hat nicht ausgereicht, um maßgeblich und inhaltlich wirksam in den Wahlkampf einzugreifen. SPD-Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller resümierte denn auch am Wahlabend: „Es ist uns nicht gelungen, uns mit den Themen durchzusetzen.“



Der Wettstreit um die Zukunft Schleswig-Holsteins wurde also von Union und Grünen ausgetragen - aber nicht als Kampf um die Macht, sondern um die Frage des künftigen Kräfteverhältnisses zwischen zwei Parteien, die ohnehin schon Partner sind. Wer sollte bei den Transformationsthemen wieviel Einfluss auf die künftige Regierungslinie von Daniel Günther haben - das war der Punkt, um den es ging. Beide Hauptwettbewerber haben dabei gewonnen. Die SPD spielte keine Rolle. Sie verlor 62.000 Wählerinnen und Wähler an die CDU, 36.000 an die Grünen und 16.000 an den SSW.



Günthers Vorteil in diesem Rennen waren wohl weniger seine Sympathie-Werte und sein internes Führungsgeschick, sondern die Tatsache, dass er für all diese Themen und darüber hinaus ein Narrativ anbot, das Probleme nicht ausblendete, aber eine Bewegung in die richtige Richtung zeigte - mit den richtigen Abwägungen zum richtigen Zeitpunkt, verbunden mit einer freundlichen wie ehrgeizigen, um die Energiewende zentrierten Vision:

*Die Energiewende und die Freimachung von russischem Öl und Gas müssten seitens der Bundesregierung mit Konsequenz, aber auch mit Augenmaß betrieben werden. Schleswig-Holstein unterstütze diese Bemühungen mit dem Bau von LNG-Terminals und der Produktion von erneuerbarer Energie.<sup>18</sup> „Durch die konsequente Förderung erneuerbarer Energien sei Schleswig-Holstein für Investoren ... „hochattraktiv“. Das Land habe „eine Chance, dass wir*

<sup>18</sup> <sup>18</sup> Vgl: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/schleswig-holstein-landtagswahl-kandidaten-wahlkampf-100.html>



*das Wohlstandsgefälle in Deutschland umkehren können“, verspricht der 48 Jahre alte CDU-Politiker.“<sup>19</sup>*

## VI.

In dieser Aufstellung geriet die SPD in die zweite Reihe der politischen Meinungsbildung - die kleineren Parteien hingegen (mit Ausnahme der SPD) verschwanden ganz aus der Wahrnehmung von Kompetenzen. Das gilt für DIE LINKE, den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), für die FDP und für die AfD.

Für den **SSW** war das am wenigsten problematisch: Als Partei der dänischen Minderheit im Land ist sein Markenkern klar definiert, seine politische Rolle klar - und von der Fünfprozenthürde wird er nicht bedroht. Und so geht der SSW aus dieser spezifischen Wahlkampfsituation gestärkt hervor: Wir sind „glücklich, dass wir das beste Ergebnis erzielt haben, das der SSW jemals in seiner Geschichte erreicht hat“, freute sich Spitzenkandidat Lars Harms am Wahlabend. In Sachen Regierungsbildung sei man für Gespräche mit Daniel Günther offen.

**DIE LINKE** hatte unter der spezifischen Wahlkampfsituation noch zusätzlich zu leiden. Lediglich einmal - 2009 - war sie mit sechs Prozent in den Kieler Landtag eingezogen. Ansonsten war sie stets deutlich unter fünf Prozent geblieben - wie zuletzt auch die Gesamtpartei bei der Bundestagswahl 2021. Erkennbare Lehren aus diesem Debakel wurden bislang nicht erkennbar. Bei den für die Wahrnehmung der Partei zwei der eingangs behandelten Krisen - Corona und Ukraine - verzettelte und verstolperte sich die Partei.

Während die Landtagsfraktionen in der Corona-Krise in Sachen Schutzmaßnahmen und Ausgleichsleistungen ein weitgehend nüchterne, Gefahren antizipierende und an der Verantwortung für Leib und Leben, Hab und Gut orientierte Politik betrieben, konnten andere Teile der Partei von der habituellen Opposition gegen jedwede staatliche Entscheidung nicht lassen, relativierten den Ernst der Lage und irrlichterten so durch Politik und Öffentlichkeit - im offenen Gegensatz zur Mehrheit der Gesellschaft und auch zur Mehrheit unter der eigenen Anhängerschaft. Die LINKE geriet ins Abseits. Dabei hätte sie eine tonangebende Rolle spielen und ein so strategisch angelegtes Bündnis wie die Ampel herausfordern können: in der Frage nach den Lehren aus der Corona-Krise, nach der Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft angesichts exogener Schläge, wie sie durch künftige Pandemien, Klimakrise, Flüchtlingsbewegungen oder auch andere, im Detail nicht prognostizierbare Entwicklungen zu erwarten sind. Die Chance wurde vertan.

Vor weitaus dramatischere Herausforderungen noch wurde die LINKE durch den Ukraine-Krieg gestellt. Ihr zentrales Narrativ von der russischen Kriegsgefahr als Schimäre westlicher Propaganda, vom durch westliche Expansion in die Enge getriebenen friedliebenden Putin, brach mit dem Vormarsch der russischen Truppen sofort zusammen. Die führenden Köpfe der Partei mussten öffentlich eingestehen, dass man einem Wunschbild aufgesessen war und sich geirrt hatte. Doch mit den Lehren daraus tat man sich wieder schwer. Während auf der ersten großen Friedensdemonstration in Berlin die Unterstützung der Ukraine auch mit Waffenlieferungen und die am selben Morgen verkündete sicherheitspolitische Neuorientierung der Bundesregierung nahezu einhelligen Beifall fanden, stand die LINKE mit ihrer Ablehnung des neuen Kurses der Scholz-Regierung allein da. Ihre Kritik war an die ja durchaus auch kritischen Positionen der Bevölkerung nicht anschlussfähig; zum Teil waren ihre Anhänger in wichtigen Fragen genauso gespalten wie die Partei, fanden aber keine schlüssige linke Strategie für den Umgang mit diesen Fragen.

Dazu kamen grundsätzlich und aktuelle Defizite und Probleme: Markenkern wie mögliche politische Rolle waren vor allem innerhalb der Partei wieder zunehmend umstritten. Selbst zu der Frage, wer eigentlich der Adressat linker Politik ist, wen man erreichen und vertreten will, gab es keine Einheit. Dazu kam genau in den Wahlkampf hinein der Skandal um sexualisierte Gewalt in der Partei - ein für eine linke, emanzipatorische, feministisch orientierte

---

<sup>19</sup> FAZ 20. 4. 2022

Partei, wie es DIE LINKE sein will, unglaublicher, unerhörter, kaum zu bewältigender Vorgang. Die Ko-Vorsitzende Henning-Wellsow warf das Handtuch. DIE LINKE Schleswig-Holstein trat zwar engagiert in den Wahlkampf ein, die Partei insgesamt aber trat weiter aus der Gesellschaft aus und bewegte sich weiter in Richtung Isolation.

*Es geht inzwischen ganz aktuell um die Existenzfrage für die Partei. Mittlerweile wird sie auch bundesweit nur noch bei drei Prozent gemessen.<sup>20</sup> Das ist im Alltag unter der Wahrnehmungsschwelle. Die Uhr tickt.*

Die **FDP** - Teil der erfolgreichen Günther-Koalition - dürfte mit mindestens zwei Schwierigkeiten zu tun gehabt haben.

Einerseits sinkt die Zustimmung zu ihr bundesweit, seit sie in die Ampel-Koalition eingetreten ist - als quasi nicht zum Partner von Rot-Grün geborene Kraft. Dass Finanzminister Lindner angesichts der Ukraine-Krise genötigt ist, die durch Corona ohnehin schon enorm gestiegene Schuldenlast des Bundes weiter aufzustocken, dürfte für Anhänger der Schuldenbremse in seiner Wählerschaft einer der Gründe dafür sein.

Andererseits dürfte in Landespolitik ein Faktor eine Rolle gespielt haben, der bereits seit längerem bei Landtagswahlen zu beobachten war: die Stärkung bereits regierender Ministerpräsidenten angesichts einer Welt zunehmender Unsicherheiten und politisch-kultureller Spaltungslinien in der Gesellschaft. Stärken stärken gegen die AfD - dieses Motto hat starke Wirkung, auch wenn die AfD jetzt aus dem Kieler Landtag geflogen ist. Diese Motto wirkt dann nicht nur zu Lasten der FDP, sondern auch zu Lasten der SPD.

Die **AfD** lag schon im Wahlkampf in den Umfragen bei für westdeutsche Verhältnisse vergleichsweise geringen sechs Prozent. Die AfD gilt bundesweit bei den Wählerinnen und Wählern mehrheitlich als zerstritten - in Schleswig-Holstein zelebriert sie das mit besonderer Intensität, insbesondere durch den noch immer schwelenden Streit um ihre zeitweilige Landesvorsitzende Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein und deren rechtsextreme Vergangenheit. Sayn-Wittgenstein war 2017 für die AfD in den Landtag gewählt, mittlerweile jedoch aus der Partei ausgeschlossen worden. Ende letzten Jahres trat der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat der AfD für die Bundestagswahl 2021, Uwe Witt, aus Partei und Bundestagsfraktion aus. Als Begründung gab er fortgesetzte „Grenzüberschreitungen“ seitens anderer Vertreter der AfD an. Witt ist mittlerweile Mitglied der Zentrumsparterie, die damit seit Jahrzehnten zum ersten Mal wieder ein Mitglied des Deutschen Bundestages in ihren Reihen hat.



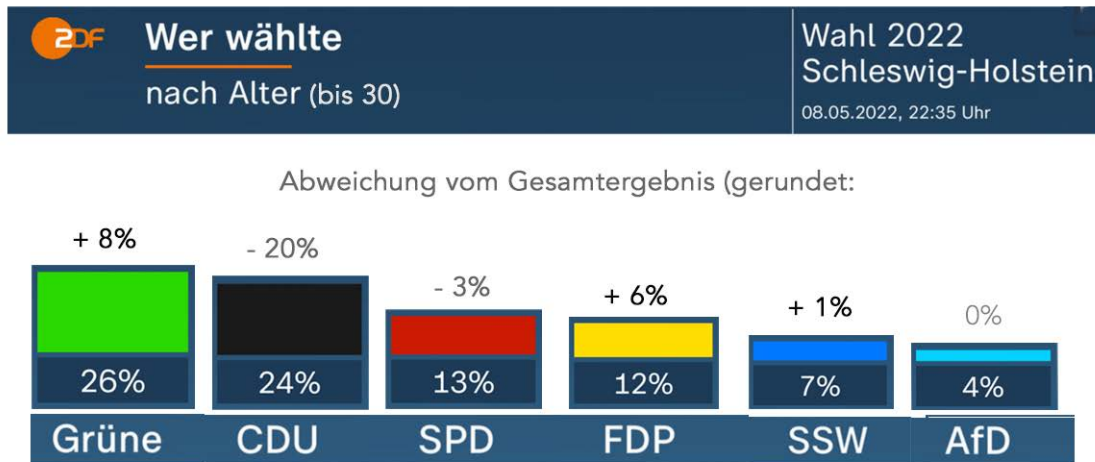
<sup>20</sup> INSA für BILD, 8. 5. 2022



Am Wahltag verfehlte die Partei den Wiedereinzug in den Landtag - so etwas geschah erstmals, seit die AfD ihren Einzug in die deutschen Parlamente gestartet hatte. Die Krise der CDU, von der sie hätte profitieren können, wurde für Schleswig-Holstein durch den Faktor Daniel Günther offensichtlich ausgeblendet. In der Corona- und in der Ukraine-Krise bezog die AfD im wesentlichen Positionen, die denen der „Querdenker“ und „Putin-Versteher“ nahe waren - jedoch genügte das damit erreichbare Potenzial wohl nicht für die Behauptung der parlamentarischen Präsenz. Auf der anderen Seite verlor die AfD an CDU, FDP und Nichtwählerschaft.



Abschließend hier: Die Wahlergebnisse unterscheiden sich nach **Alterskohorten** - am deutlichsten weichen sie bei den Unter-30-Jährigen vom durchschnittlichen Ergebnis ab



## VII.

Ende April hatte Daniel Günther auf einen Widerspruch zwischen dem vor allem regional bezogenen Wahlkampf in Schleswig-Holstein und der Tatsache aufmerksam gemacht, dass zugleich mitten in Europa Menschen getötet werden. Doch zugleich fügte er an, man dürfe sich vom russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht vorschreiben lassen, „wie wir in unserem Land hier Wahlkampf führen“.<sup>21</sup> Damit traf er den Nerv einer deutlichen Mehrheit im Lande:



Das Ergebnis der Landtagswahlen vom Mai 2022 in Schleswig-Holstein ist klar landespolitisch geprägt. Bundespolitische und internationale Themen fanden nur vermittelt Eingang in die Wahlentscheid - über Betroffenheit im Land und das Verhalten der relevanten Akteure dazu. Man kann aus dieser Wahl lernen, wie Erfolgchancen entstehen und wie sie genutzt werden können, welche Rolle Personen spielen, welche Rolle eine politische Kultur spielt - Aussagekraft zur weiteren politischen Entwicklung der Bundesrepublik hat diese Wahl jedoch, wie Landtagswahlen zumeist, nicht.

<sup>21</sup> FAZ 20. 4. 2022

## **VIII.**

Auch die Regierungsbildung - wie auch immer sie ausgeht - wird die bundespolitischen Verhältnisse nicht wesentlich beeinflussen. Im Bundesrat würde weder eine schwarz-grüne noch eine schwarz-gelbe Koalition die Kräfteverhältnisse zugunsten oder zuungunsten der Ampel verändern. Lediglich ein - bislang noch nicht ernsthaft im Gespräch befindliche - Koalition mit dem SSW wäre ein Novum und würde die Zahl der unionsgeführten Bundesländer ohne Koalitionspartner aus der Ampel lediglich auf zwei erhöhen: Bayern und Schleswig-Holstein. Für die Union ein schnell verpuffender Symbolwert, politisch jedoch auf absehbare Zeit kaum von Nutzen.

Für Robert Habeck lässt das Wahlergebnis nur ein Bündnis zu: "Ich glaube, Daniel Günther ist schlau genug, zu sehen, wenn zwei Parteien die Wahl gewinnen, was daraus dann zu folgen hat."